



## Amt der Tiroler Landesregierung

Präs. Abt. II - 422/72

A-6010 Innsbruck, am 6. August 1985

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 151

Sachbearbeiter: Dr. Schwamberger

An das

Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1

1010 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

57-GE/9.85

Datum: 9. AUG. 1985

12. AUG. 1985

Verteilt

Walt

Dr. Hajek

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 und das  
Heeresversorgungsgesetz geändert werden;  
Stellungnahme

Zu Zahl 41.010/1-1/1985 vom 8. Juli 1985

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
versorgungsrechtliche Bestimmungen geändert werden -  
Versorgungsrechts-Änderungsgesetz 1986 (Änderung des Kriegs-  
opferversorgungsgesetzes 1957, 17. Novelle zum Heeres-  
versorgungsgesetz), werden keine Einwendungen erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem  
dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Zebisch

Landesamtsdirektor-  
stellvertreter

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen  
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien  
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien  
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen  
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektor -  
Stellvertreter

F.d.R.d.A.:

*Gschwandtner*